

03.09.2020

Stadtstraße: Chance auf Verbesserungen bei Bauabläufen und Bauzeiten

OB Steinruck: Integrierte Planung für Hochstraßen und Rathaus

Die Stadt Ludwigshafen prüft Optimierungen von Planung und Bau der Stadtstraße vor dem Hintergrund sich verändernder Rahmenbedingungen. Durch vorsichtige Anpassungen könnten deutliche Verbesserungen für die Bauabläufe und damit kürzere Bauzeiten und geringere Verkehrsbeeinträchtigungen erzielt werden. Die derzeitige Überprüfung der Planungen verläuft in Abstimmung mit dem laufenden Planfeststellungsverfahren zum Abriss der Hochstraße Nord.

"Um es klar zu sagen: Es ändert sich nichts an den Beschlüssen zum Abriss der Hochstraße Nord und dem Bau der Stadtstraße. Wir schauen aber im Verfahren genau hin und überlegen, wo wir Verbesserungen erzielen können. Wir pflegen einen intensiven Bürgerdialog und wissen daher, wo der Schuh drückt und was den Menschen wichtig ist. Vor diesem Hintergrund hinterfragen wir unser Vorgehen immer wieder. Die Planungen für die Stadtstraße stammen aus den Jahren 2014 und 2015. Unsere Lebenswirklichkeit hat sich in den vergangenen Jahren und Monaten aber rapide verändert. Nicht erst, aber vor allem mit der Corona-Pandemie denken Unternehmen intensiv darüber nach, wie sie Arbeit künftig organisieren – zeitgemäßer, ressourcenschonender, kundenorientierter. Das haben wir in der Verwaltung unter der Übersc geschaut und – auch mit den Erfahrungen zum Abriss der Pilzhochstraße im Kopf – Optimierungspotenzial identifiziert. Darüber habe ich heute Abend die Fraktionsvorsitzenden informiert. Wir möchten unsere Überlegungen im nächsten Stadtrat am 21. September vortragen und das Gremium darum bitten, uns bei dieser Überprüfung zu unterstützen, von der wir uns klare Verbesserungen im Bauablauf sowie für die Quartiersentwicklung versprechen", erklärt Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck.

Unabhängiges Bauen, weniger Verkehrsbeeinträchtigungen

Wichtiger Faktor der integrierten Planung: Werden Rathaus und Rathaus-Center abgerissen, könnten die Planer*innen über andere Flächen verfügen. Würde man den Verlauf der Stadtstraße im mittleren Bereich dann nur etwas nach Süden verschieben, könnte weitgehend unabhängig von allem anderen gebaut werden, während der Verkehr noch über die Hochstraße Nord fährt. Aufwändige Bauabläufe mit entsprechenden Bauzeiten, die sich daraus ergaben, dass die geplante Stadtstraße teilweise unmittelbar unter der alten Hochstraße liegt, könnten vermieden werden. Unterm Strich könnten also die Bauzeiten für die Stadtstraße um zwei Jahre auf gut sechs Jahre verringert, die Phase der spürbaren Verkehrsbeeinträchtigungen würde halbiert werden. "Wir möchten diese Option, die sich nun ergibt, gerne genau überprüfen und bitten den Stadtrat dafür um Zustimmung", verdeutlicht die OB. Die Wirtschaft in der Region sowie Pendler*innen hätten angesichts des Großprojekts ein großes Interesse an möglichst kurzen Bauzeiten und möglichst wenig Verkehrsbehinderungen. Die Menschen und Geschäfte in unmittelbarer Nähe der Hochstraße Nord sorgten sich ebenso wegen Beeinträchtigungen. Hielte die optimierte Planung einer intensiven Überprüfung stand, ließen sich für alle Betroffenen deutliche Verbesserungen erzielen. Hinzu kommt, dass die optimierte Stadtstraße bis kurz vor dem Nordbrückenkopf auch unabhängig von der Hochstraße Süd gebaut werden kann; die Stadt also früher als 2026 mit dem Bau beginnen könnte. Im Angesicht des Zustands der Hochstraße Nord wiederum würden schnellere Bauabläufe und -zeiten mehr Sicherheit für die Verkehrsinfrastruktur von Stadt und Region bedeuten.

Nachvollziehbares und transparentes Vorgehen

"Die ersten Prüfergebnisse sind interessant, denn sie versprechen echte Verbesserungen. Aber

natürlich gibt es noch Fragezeichen. Wenn alle Fakten auf dem Tisch liegen, müssen wir politisch diskutieren und entscheiden. Wir haben jetzt ein passendes Zeitfenster dazu und sollten die Möglichkeit unbedingt nutzen," betont die OB. Baudezernent Alexander Thewalt ergänzt, flankierend werde auch eine aktuelle Verkehrsuntersuchung in Auftrag gegeben, um weiteres Optimierungspotenzial für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen zu identifizieren.

Damit es zu keinen Verzögerungen komme, habe sie bereits mit der Landesregierung Kontakt aufgenommen, um mit Blick auf das Planfeststellungsverfahren ein lösungsorientiertes Verfahren abzustimmen, so die OB. "Wir möchten das Planfeststellungsverfahren abschließen, da sind wir auf einem guten Weg. Im Zuge der so genannten Ausführungsplanung könnten dann die Verbesserungen, sofern sie greifen, aufgenommen werden. Grundbedingung ist, dass es keine Verzögerungen gibt", sagt Steinruck. Dadurch sind, so die OB, alle Verfahrensabläufe nachvollziehbar und transparent.